

Euro-Krise und die Folgen

Berlin haftet mit bis zu 310,3 Mrd.

Regierungserklärungen heute und am Freitag

BERLIN. Die weiterhin angespannte europäische Lage beschäftigt in dieser Woche neben dem Europäischen Rat in Brüssel auch die deutsche Politik: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wird gleich zwei Regierungserklärungen zum Euro abgeben. Zunächst spricht die Regierungschefin heute im Bundestag zum Thema EU-Gipfel, der morgen und Freitag in Brüssel tagt.

Nach ihrer Rückkehr aus Brüssel will Merkel am frühen Freitagabend erneut vor das Plenum treten. Noch am Freitag wollen Bundestag und Bundesrat dann über den europäischen Fiskalpakt und den permanenten Euro-Rettungsschirm ESM entscheiden.

Unterdessen räumt die deutsche Regierung erstmals offiziell ein, wie teuer die Euro-Krise die Bundesrepublik zu stehen kommen könnte. Die Haftungssumme für Deutschland aus allen Rettungsschirmen summiere sich laut einem Regierungsbericht auf 310,3 Milliarden Euro, schreibt das „Handelsblatt“.

Berücksichtigt sei die Kombination aus dem maximalen von Deutschland verbürgten Kreditvolumen des neuen Rettungsfonds ESM mit dem zeitweise parallel laufenden EFSF, der deutsche Anteil an Hilfen aus dem EU-Haushalt sowie Kredite aus dem ersten Griechenland-Hilfspaket. (dpa)

Euro-Splitter

- In Paris wurde für gestern Abend kurzfristig ein **Treffen der Finanzminister der vier größten Volkswirtschaften** der Eurozone anberaumt. Neben Wolfgang Schäuble aus Deutschland sollten daran die Ressortchefs aus Frankreich, Spanien und Italien teilnehmen. Vor allem Deutschland und Frankreich sind weiter uneins in der EU-Krisenpolitik.
- Kurz vor dem EU-Gipfel wird die **Luft für Spanien und Italien am Kapitalmarkt immer dünner**. Nach dem Hilfsantrag Spaniens für seine Banken stufte die Ratingagentur Moody's die Kreditwürdigkeit der spanischen Geldhäuser drastisch herab. Auch Zypern braucht Hilfe von den Euro-Partnern, die Höhe des Betrags ist aber weiter unklar.

- In Athen wurde der renommierte Ökonomieprofessor Ioannis Stournaras **zum neuen Finanzminister nominiert**. Der 55-jährige fordert seit Jahren Reformen sowie einen schlankeren Staat. Er setzt sich vehement für den Verbleib Griechenlands im Euroland ein. Der zunächst designierte Finanzminister Vasilios Rapanos hatte aus gesundheitlichen Gründen auf sein Amt verzichtet. Unterdessen wurde gestern bekannt, dass auch der stellvertretende griechische Minister für die Handelsmarine schon nach wenigen Tagen zurückgetreten ist. Ihm war ein Konflikt von dienstlichen und privaten Interessen vorgeworfen worden.

- Die neue **französische Regierung erhöht** trotz hoher Arbeitslosigkeit den einheitlichen gesetzlichen **Mindestlohn**. Die Lohnuntergrenze soll im Juli um zwei Prozent auf rund 9,40 Euro pro Stunde angehoben werden. Die konservative Opposition und Arbeitgebervertreter kritisierten die Ankündigung. Sie befürchten, dass eine Mindestlohnhöhung kleine Unternehmen zum Stellenabbau zwingen könnte.

„Brauchen Entschuldung“

Interview: Finanzmarktexperte Harald Hau über die Euro-Krise und Lösungsstrategien



Karikatur: Tomicek

Europäischer Geldautomat.

VON ULLRICH RIEDLER

Spanien, die viertgrößte Volkswirtschaft der Eurozone, hat offiziell um Hilfe für seine Banken gebeten. Über Spaniens Probleme und die Strategie für Wege aus der Krise der Eurozone sprachen wir mit dem Experten für Finanzmärkte, Harald Hau.

Was sind die Ursachen für die Krise in Spanien?

HARALD HAU: Die Ursachen sind nicht wie in Griechenland unverantwortliche Haushaltspolitik der Zentralregierung. In Spanien war es vor allem ein Immobilienboom, eine Überschuldung der privaten Haushalte und zum Teil auch eine Überschuldung der Unternehmen. Viel wurde auf Kredit investiert - Investitionen, die jetzt zum Teil wertlos sind.

Warum ist diese Bankenkrise für die Eurozone so bedrohlich?

HAU: Weil die Auslandsverschuldung Spaniens um ein mehrfaches höher ist als in Griechenland. Das heißt, es gibt jede Menge ausländische Schuldner, die in diese Krise hineingezogen werden. Das sind nicht nur Banken, sondern auch Pensionsfonds, Versicherungen, Investmentfonds, auch viele Anleger außerhalb der Eurozone. Die gesamte Auslandsverschuldung inklusive des privaten Sektors liegt bei etwa zwei Billionen Euro.

Warum ist von den privaten Gläubigern wie etwa ausländischen Investmentfonds keine Hilfe bei

der Krisenlösung zu erwarten?

HAU: Private Investoren werden vor allem versuchen, ihr eigenes Kapital zu retten. Das kann man am besten, indem man einen Großteil der Risiken auf öffentliche Gläubiger, also andere Eurostaaten, abwälzt. Deswegen rufen natürlich auch die Banken und angelsächsische Investoren stark nach einem Schuldenengagement der europäischen Partner Spaniens, weil sie dadurch natürlich hoffen, ihre Felle zu retten.

Also werden die Risiken auf die Steuerzahler abgewälzt?

HAU: Das ist bei jeder Schuldenkrise so. Das war auch in Griechenland nicht anders. Der erste Schritt ist immer, dass man versucht, die öffentliche Hand mit ins Boot zu bekommen, durch Garantien und Umschuldungen. Dadurch wird die Krise nur aufgeschoben. Es kommt nicht zum Schuldenschnitt. Was wir brauchen, ist ein Abbau der Schulden. Davon gibt es zu viel.

Kann Spanien noch selbst etwas dazu beitragen, um seine Krise zu lösen? Oder ist es dafür schon zu spät und das Land steu-



ert auf den Euro-Austritt zu?

HAU: Sicherlich ist das Land hier selbst gefordert. Man hat mit der Rekapitalisierung der Banken viel zu lange gewartet. Das hat viele politische Gründe, warum diese Banken schwer zu restrukturieren waren. Viele waren eben auch Eigentum der lokalen Regierungen, vergleichbar mit unseren Landesbanken, wo politischer Filz und Interessenkonflikte eine Lösung verhindert haben. Was man braucht, sind politisch schwierige Maßnahmen wie die Enteignung der Altgläubiger sowie die Einbeziehung nachrangiger Gläubiger.

Könnte sich die Situation in dem Land durch mehr Wachstum nicht noch wenden?

HAU: Wachstum ist immer eine Lösung. Allerdings ist bei der gegenwärtigen Überschuldungslage solches Wachstum utopisch. Wenn ein Land hoch verschuldet ist, hat man auch kein Wachstum mehr. Ausländische Investoren warten ja immer erst ab, dass der Bankrott stattfindet und damit die Entschuldung, und investieren danach. Umgekehrt passiert es nicht. Erst muss der Schulden-

schnitt kommen, dann kann der Aufschwung kommen.

Was muss man tun, um den Verbund in der Eurozone dauerhaft zu retten?

HAU: Man muss die Banken sanieren mit Einbindung der privaten Gläubiger; also Schulden abschreiben oder Schulden in Aktienkapital umwandeln. Weiterhin muss man die Haushaltsdefizite kontrollieren, was natürlich auch eine funktionsfähige und reformbereite Zentralregierung erfordert.

Ist die Eurozone in ihrem jetzigen Umfang zu halten?

HAU: Eine realistische Annahme muss davon ausgehen, dass wir in den nächsten drei Jahren ein oder mehrere Mitgliedstaaten in der Eurozone verlieren.

Welche Strategie sollte Deutschland verfolgen?

HAU: Davon abraten muss man, extreme Risiken für Deutschland und die soliden Eurostaaten einzugehen, eine solche Politik wird das Problem aufstauen, aber keine Lösung bringen. Das Allerdümmste wäre ein Eurobond. Was wir brauchen, ist eine Entschuldungsstrategie, falls nötig durch weitere Staatsbankrotte. Das bedeutet natürlich auch Abschreibungen für Gläubiger, also auch für Banken, Lebensversicherer und Investmentfonds. Je früher das kommt, desto besser. Denn indem man immer mehr den Steuerzahler ins Boot nimmt, können sich zugleich private Schuldner ihrer Verpflichtungen entziehen.



Detlef Drewes über die große Bedeutung des EU-Gipfels

sie eine Perspektive schaffen. Diese EU braucht ein neues Geschäftsmodell, damit die Märkte, aber auch die Bürger wissen, wohin die Reise gehen soll. Bisher mag es ja gereicht haben, wenn die EU-Gipfel ein mehr oder minder markiges Bekenntnis zum Euro ablegten. Dieses Mal wäre es zu wenig. **politikredaktion@hna.de**

Namen und Nachrichten

Mehr Drogensüchtige in der Dritten Welt

Drogen verbreiten sich in den Entwicklungsländern immer mehr, während der Konsum in den Industrieländern gleich hoch bleibt. Das geht aus dem Welt-drogenbericht der Vereinten Nationen hervor, der gestern vorgestellt wurde. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Mechthild Dyckmans (FDP), rief zu einem gemeinsamen Vorgehen über Grenzen hinweg auf.

Freispruch für Verena Becker gefordert

Im Prozess um den Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback hat die Verteidigung einen Freispruch für die angeklagte Ex-Terroristin Verena Becker (59) beantragt. Es gebe „keine Grundlage, die eine Verurteilung tragen könnte“, sagte ihr Verteidiger gestern vor dem Oberlandesgericht Stuttgart. Die Bundesanwaltschaft hatte viereinhalb Jahre Haft wegen Beihilfe zu dem Mord im Jahr 1977 beantragt. Ein Urteil soll am 6. Juli verkündet werden.



Frauen häufiger nach Medikamenten süchtig

Fragwürdige Verordnungen starker Medikamente machen Frauen weit häufiger süchtig als Männer. Das geht aus dem neuen Arzneimittelreport 2012 der Krankenkasse Barmer GEK hervor. Vor allem Tablettsucht sei bei Patientinnen weiter verbreitet, teilten die Autoren mit. „Wir werden mit den Ärzten reden müssen“, sagte der Vize-Chef von Deutschlands größter Kasse, Rolf-Ulrich Schlenker. Frauen erhalten laut Report zwei- bis dreimal mehr Psychopharmaka wie Männer. Männer bekämen dafür öfter Herz-Kreislauf-Mittel.

Kein Verfahren gegen Dirk Niebel

Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) muss wegen seiner „Teppich-Affäre“ laut „Spiegel Online“ keine strafrechtlichen Konsequenzen fürchten. Die Staatsanwaltschaft Potsdam sehe nach einer rund einwöchigen Prüfung keinen Anfangsverdacht auf eine Straftat und wolle deswegen kein formales Ermittlungsverfahren eröffnen, hieß es.

Papst Benedikt nimmt Rücktrittsgesuch an

Papst Benedikt XVI. hat den Rücktritt eines argentinischen Bischofs angenommen, der auf Urlaubsfotos gemeinsam mit einer blonden Frau im Bikini abgelichtet worden war. Wie der Vatikan gestern mitteilte, trat Fernando Maria Bargallo (57), Bischof der Diözese Merlo-Moreno bei Buenos Aires, in Übereinstimmung mit dem Kanonischen Recht zurück. Dieses erlaubt es einem Bischof, vor dem offiziellen Rentenalter von 75 Jahren das Amt abzugeben.



Mehr Betreuer für Demenzzranke

Mit Änderungsanträgen an der geplanten Pflegereform will die Koalition die Betreuung Demenzzranke verbessern. So gilt bisher, dass Heime pro 25 Demenzzranke eine zusätzliche Betreuungskraft finanziert bekommen. Dieser Schlüssel soll auf 1 zu 24 angehoben werden, verlautete gestern in Berlin. Zudem ist eine Verpflichtung der Pflegekassen vorgesehen, nach der sie Versicherte verständlich über die Pflege informieren sollen.